

München, 26.07.2020

SPD sieht Staatsregierung in Mitverantwortung für Corona-Ausbruch unter Erntehelfern in Niederbayern

Abgeordnete von Brunn und Müller: Regierung Söder hat unsere Warnungen missachtet

Beim Coronausbruch unter Erntehelfern im niederbayerischen Mamming sieht der SPD-Verbraucherschutzexperte **Florian von Brunn** die Staatsregierung in der Mitverantwortung: "Wir haben nach dem Corona-Ausbruch in dem Wiesenhof-Schlachthof Mitte Mai bereits ein Sonderkontrollprogramm auch für Bauernhöfe mit Erntehelfern gefordert (siehe [hier](#)). Gerade die Hygienebedingungen am Arbeitsplatz und die Wohnverhältnisse müssen aus unserer Sicht scharf kontrolliert werden. Das ist offensichtlich nicht passiert. Dieser Ausbruch kam mit Ansage. Markus Söder und die zuständige Ministerin Huml tragen deshalb eine Mitverantwortung!" Von Brunn hatte zum Thema Wohnverhältnisse sogar eine [Anfrage](#) im Landtag gestellt: „In der Antwort hatte die Gesundheitsministerin die Verantwortung auf die Betriebe und die Gesundheitsämter vor Ort abgeschoben. Das ist für mich unverantwortlich!“

Auch SPD-Landwirtschaftssprecherin **Ruth Müller** hält das bisherige Vorgehen der Staatsregierung für völlig unzureichend: "Jetzt steht die Hopfenernte vor der Tür. Dafür werden wieder zahlreiche Erntehelfer gebraucht. Aber in den Gemeinden vor Ort wartet man immer noch auf klare Vorgaben und Hilfestellung durch die Staatsregierung und die verantwortliche Ministerin. Der Fall in Mamming zeigt, dass die Staatsregierung offenbar nichts aus dem Ausbruch am Schlachthof in Bogen und aus den Fällen in den anderen Bundesländern gelernt hat!"

Müller und von Brunn fordern die Staatsregierung auch auf, sich um die Erntehelfer aus Mamming zu kümmern, die jetzt unter Quarantäne stehen: "Es muss sichergestellt sein, dass die betroffenen und möglicherweise erkrankten Menschen gut versorgt werden. Diese soziale Verantwortung dürfen Frau Huml und die zuständigen Behörden nicht einfach an den Betrieb abschieben!"